

Buchbesprechungen

Bezenberger, Tilman/Gruber, Joachim/Rohlfing-Dijoux, Stephanie (Hrsg.): **Die deutsch-französischen Rechtsbeziehungen, Europa und die Welt. Les relations juridiques franco-allemandes, l'Europe et le monde.** Liber amicorum Otmar Seul. Baden-Baden: Nomos, 2014. ISBN 978-3-8487-1119-2. 570 S. € 148,-

Auch wenn sich nur ein Teil der Beiträge der Festschrift mit ausländischem öffentlichem Recht, Völkerrecht und Europarecht befasst, verdient das von drei an der deutsch-französischen Verknüpfung des Universitätsstudiums und vor allem der Juristenausbildung direkt und aktuell beteiligten Hochschullehrern herausgegebene Werk eine Besprechung gerade in der "Heidelberger" Zeitschrift und lohnt sich eine zumindest ausgewählte Lektüre allemal, vor allem für an grenzüberschreitenden Aspekten des (akademischen) Bildungswesens und des (kollektiven) Arbeitsrechts, dem Forschungsschwerpunkt von *Otmar Seul*, interessierten Lesern. Aber auch wer sich mit den "Mühen der Praxis" an einem konkreten Beispiel, der Einrichtung und Konsolidierung eines vor allem von den Universitäten Potsdam und Paris X/Nanterre getragenen Studiengangs, der Mobilisierung und Kooperation von Lehrenden und Lernenden, Dozenten und Studenten näher befassen will (etwa um ähnliche eigene Projekte voranzutreiben), wird sowohl ein Interview mit dem Jubilar (S. 547: *La réussite d'un cursus intégré franco-allemand ouvert sur le monde, l'implication de toute une vie*) als auch Beiträge anderer maßgeblich beteiligter Personen (aktuell *Conan*, S. 17; rückblickend *Merle*, S. 325; speziell zur "Wissensverarbeitung aus Vorlesungen in der Fremdsprache" *Eggensperger*, S. 121) mit Gewinn studieren.

Freilich hätte eine thematische Grobgliederung die durchaus vorhandene inhaltliche Fokussierung augenfällig werden lassen, die wegen der alphabetischen Ordnung der Autoren erst auf einen zweiten Blick sichtbar wird. Hingegen wird die Zweisprachigkeit (ohne Englisch!) sowohl dem Geehrten als auch dessen Aktivitäten vollauf gerecht, wenngleich hier *Résumés* bzw. Zusammenfassungen in der jeweils anderen Sprache häufiger hätten erfolgen können. Die insgesamt 40 Beiträge (unterschiedlich lang, überwiegend mit mehr oder weniger ausführlichem Fußnotenapparat) werden abgerundet durch zwei Vorworte, ein Verzeichnis der Schriften *Seuls* und Kurzbiografien aller Autoren. Sach- und Personenregister fehlen, wie es leider für Festschriften häufig zu konstatieren ist.

Spezifische Bildungsfragen erörtern *Brandl* (S. 32: Mobilität von Studierenden in der EU und rezente Judikatur des EuGH), *Gruber* (S. 179: Die deutsch-französische Zusammenarbeit auf völkerrechtlich-institutionali-

sierter Ebene, mit Bezug auf die Deutsch-Französische Hochschule, das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Deutsch-Französische Forschungsinstitut Saint Louis und Hinweisen auf verbesserungswürdige Rechtsschutzmöglichkeiten des Personals in Bezug auf völker- und unionsrechtliche Regeln), *Legrand* (S. 318: Droits d'inscription et unité du système universitaire allemand), *C. Schlüter* (S. 460: Harmonisierung von Hochschulsystemen – Von Bologna bis Bukarest) und *Willer* (S. 508, der einige wichtige und keineswegs überholte "Gedanken über die Lehre an deutschen Universitäten" notiert). Mit der "représentation du personnel" befassen sich *Callsen* (S. 44, zur Leiharbeit), *Jansen* (S. 215, mit Zweifeln am Modellcharakter des "elbischen" Kapitalismus für Europa), *Kreissig* (S. 282, Arbeitnehmerpartizipation in Deutschland und Frankreich vergleichend), *Slama* (S. 485, zum Einfluss der katholischen Kirche bzw. Lehre auf die "cogestion" im Saar-Staat) und schließlich *Zheng* (S. 521, zu Defiziten des kollektiven Arbeitsrechts in China); in diesen Kontext gehören auch die Betrachtungen von *Zielinski* (S. 532) über "l'impossible alliance entre syndicats et mouvements soixante-huitard en RFA". Diverse Beiträge behandeln Themen des allgemeinen Zivilrechts in der Regel vergleichend (*Bezzenberger/Nicolas-Maguin*, S. 21, zum Abstraktionsprinzip; *Gazier*, S. 155, zum russischen Zivilgesetzbuch; zur Naturalobligation *G. Schulze*, S. 470; zu Problemen der Rechtskraft *di Noto*, S. 84), diskutieren ferner Fragen des Ehe- und Familienrechts (*Dörner*, S. 107 und *Kemper*, S. 225, zum deutsch-französischen Abkommen über den Güterstand der Wahl-Zugewinnngemeinschaft; *Sabater Bayle*, S. 437, zu Spanien, einschließlich regionaler Gesetzgebung; *Satolin*, S. 451, zu Weißrussland), des Verbraucherinformationsrechts in der EU (*Rohlfing-Dijoux*, S. 403), des Gesellschaftsrechts (*Peglow*, S. 370, zum Mindestkapital in GmbH und Sarl) und schließlich des Immaterialgüterrechts (*Lando*, S. 310, zu Weißrussland). *Lando* geht dabei kritisch darauf ein, wie "alte" WTO-Mitglieder (im Hinblick auf TRIPS) eigene Interessen zu Lasten von Beitrittskandidaten durchzusetzen versuchen (S. 312 f., 317). Neben einigen allgemeinen Beiträgen (zur ökonomischen Analyse des Rechts *Demme*, S. 75; zu Rechtssprache und Rechtsverständnis im deutsch-französischen Verhältnis *Holzhauser*, S. 201; zu Recht und Macht in den Fabeln La Fontaines *Petersen*, S. 384) nimmt auch das Strafrecht breiteren Raum ein: *Chassang* beschäftigt sich mit Ausländer-Strafrecht, nämlich der "peine d'interdiction du territoire français" (S. 58), *Giraud* und *Mitsch* mit der Abgrenzung von Mord und Totschlag (S. 161), *Hellmann* (S. 195) mit anderen Gemeinsamkeiten und Unterschieden im deutschen und französischen Strafrecht. *Plywaczewski*

und *Guzik-Makaruk* zeichnen Strafrecht und Strafrechtspolitik der letzten Jahrzehnte in Polen nach (S. 392).

Eine (rechts)geschichtliche Studie des “système méditerranéen” der Saint-Simonisten (als Modell einer Mittelmeerunion) trägt *Fendri* bei (S. 148). Dem Elysée-Vertrag – “kein Fehlschlag” (S. 259) – vom 22.1.1963 widmet *E. Klein* eine luzide Untersuchung (S. 248). Ebenso gelungen ist die Analyse von *Laithier*, die den Beitrag des EuGH zur Herausbildung einer “communauté politique européenne” darstellt (S. 296), worunter sie die differenzierte richterliche Entwicklung des Unionsbürgerrechts versteht. Überwiegend kritisch äußert sich *Körner* zum (Kommissions-)Entwurf einer Datenschutzgrundverordnung vom Januar 2012 (S. 272); einigen der Bedenken scheint im Laufe des Rechtsetzungsverfahrens Rechnung getragen zu werden, freilich bisher nicht dem Manko beim Individualrechtsschutz. *Rossi* plädiert dafür, die Identitätsklausel des EUV als Rechtfertigung für das Abweichen von kompetenzgerecht erlassenem Unionsrecht zu interpretieren (S. 436). Zuletzt, aber nicht zumindest, findet auch Öffentliches Recht Beachtung. So hat *Kluth* eine Untersuchung beigesteuert, die auf “Entwicklung und Systemfunktionen der deutschen Berufgerichtsbarkeit unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses des französischen Rechts” eingeht (S. 260). Während es dabei eher um ältere Rezeptionen geht, steht im Zentrum zweier sich ergänzender Beiträge der Zeitraum der Mitte des letzten Jahrhunderts: *Morelou* schildert Leben und Werk von *René Capitant*, des letzten “Garde des Sceaux” von General *de Gaulle* (S. 334); *V. Neumann* räumt mit einer deutsch-französischen “Rezeptionslegende” auf, der zufolge *Carl Schmitt* (über durchaus vorhandene Beziehungen zu *R. Capitant*) wesentlich auf das präsidenten-demokratische Konzept der Fünften Republik eingewirkt habe (S. 356). *Schmitt* seinerseits habe “zwei Theoreme *Capitants* aufgegriffen. Der Satz ‘Gouverner c’est légiférer’ sollte für *Hitlers* Ermächtigungsgesetz werben und *Capitants* liberale *Hobbes*-Interpretation wurde als Grundstein für eine Konstruktion verwendet, mit der *Schmitt* seine antisemitischen Ausfälle aus dem Jahr 1936 akademisch aufpolieren wollte. *Capitant* dürfte über beide Rezeptionen nicht erfreut gewesen sein” (S. 369).

Das vorstehende Zitat diene als Beleg für viele kleine Trouvaillen in diesem Werk, das vielfältige Wechselbeziehungen und -wirkungen zwischen (benachbarten) Rechtsordnungen aufzeigt und damit, im Sinne des Jubilars, weitere produktive Analysen befördern möge, auch wenn der hohe Preis der Verbreitung der Festschrift nicht gerade hilfreich sein dürfte.

Ludwig Gramlich, Chemnitz

Glenn, H. Patrick: The Cosmopolitan State. Oxford: Oxford University Press, 2013. ISBN 978-0-19-968242-3. xi, 384 p. £ 50.-

Professor *Patrick Glenn* of the McGill University in Montreal established himself as an authority in the field of comparative law with the publication of the first edition of his work, *Legal Traditions of the World* (Oxford 2000). *Glenn's* truly original approach and comprehensive presentation of views on legal traditions inspired substantial reaction and some challenges to his theories and interpretations (cf. *William Twining et al.*, A Fresh Start for Comparative Legal Studies? A Collective Review of Patrick Glenn's *Legal Traditions of the World*, 2nd ed., *Journal of Comparative Law* 1 (2004), 100; *Chris Thomale*, *Buchbesprechungen*, *ZaöRV* 72 (2012), 657).

Seven years later Professor *Glenn* published another seminal work, *On Common Laws* (Oxford 2007). The ideas developed in both these works form a solid foundation for *The Cosmopolitan State*. This, his latest book, represents another important contribution by *Glenn* to the literature on comparative legal history, state theory and legal pluralism, of special interest to constitutional comparatists.

The book is written in the same comprehensively documented style as the previous works, challenging the reader to rethink much conventional dogma. The composition of the text and line of argument are well integrated into a compelling whole. It is a *tour de force* of apparently encyclopaedic knowledge of materials topical in various disciplines, published in diverse languages. The book concerns "the state tradition", visible in the many common elements of states. Its purpose is to show how this cosmopolitanism ("characteristics which arise from, or are suited to, a range over many different countries" (p. vii)) has been brought about despite the uniqueness of every state (p. 12-13). Put differently, as he does at p. 115-116, he is "attempting to explain" the single state tradition that now exists while being "alive to its great internal diversity".

Some ten years ago *Glenn* compactly justified his preference for legal tradition (as opposed to "system", "culture", "family" etc.) as an epistemological notion ("Legal Cultures and Legal Traditions", in: Mark Van Hoecke (ed.), *Epistemology and Methodology of Comparative Law*, (2004), 20): tradition, he wrote, is "non-genetic information which influences but does not control legal practice", it is "tolerant of argument", "a useful antidote to reification and homogenisation", and allows for peaceful dispute resolution.

In addition to an introductory Chapter, the book is divided into four main parts: Part I *Cosmopolitan Origins* (two Chapters), Part II *Closure?* (two Chapters), Part III *Cosmopolitanism Sustained* (three Chapters) and

Part IV *The Contemporary Cosmopolitan State* (six Chapters and some concluding remarks).

In Part I an interpretation of especially the European history out of which the contemporary cosmopolitan state has evolved, is presented. Glenn's argument is systematically constructed on this basis: "The Greeks were cosmopolitan, moreover, not only in the universalistic dimensions of their thought, but in their legal practice, and the law of other city-states was simply used, wherever it seemed appropriate, and without much concern for its source" (p. 19). In Chapter 2 of Part I the reader is taken through the rise and development of the Catholic Church "as an early European state" with a cosmopolitan character (p. 27), the rise of eventually failing empires as foundations of cosmopolitanism, cities as states, and "affirmative crowns", i. e. monarchy as "the immediate predecessor of the contemporary state" (p. 32).

All of these are described as antecedents of a state tradition "irresistibly cosmopolitan in character" (p. 36). In Chapter 3 (Part I) the persistence of these antecedents is taken to be an element that should not be used to distinguish between institutions and their "normative justifications and methods" (p. 36). All of these underlie the contemporary state, not by means of establishing unity, but as a demonstration of cosmopolitanism as reaction to the idea of unity (p. 38). In this, the development of the law in the middle ages led to the crystallization of the "mutually supporting concepts of constitutionalism and common law" (p. 43). Glenn describes the varied sources of constitutionalism in this era, including the Greek and Roman idea of the need for the consent of the ruled, the notion of divine or natural law and the inalienability of the royal domain. In the development of various common laws there were many commonalities, but the combination of common and particular laws inspired the emergence of particular states. The advent of the contemporary state depended on the development of "elements of closure". These elements are identified as writing, hierarchy and boundaries: the reduction of norms to consolidated and written languages, confirmation that hierarchical state structures underpin the continuity of the state, despite changing authorities and the drawing of maps to establish territorial state boundaries, and therefore stable territories.

The headings of Part II and its two Chapters pose questions: *Closure?*, *A Territorial State?* and *A Nation State?*. Chapter 4 (Part II) expands the analysis along the lines of the "elements of closure". Writing, which launched the redaction of existing customs, eventually led to codification expressed in national languages, bringing about national law. "A written code of private law proved to be an irresistible model of state construction, and closure" (p.

ZaöRV 74 (2014)

66), and also a vehicle for cosmopolitanism in the colonial era. Against this background written constitutions as essential “markers for successful revolution” emerged, some highly successful as in the case of the United States in promoting cosmopolitanism in the drafting of written constitutions, despite the remarkable diversity of the results. Part II closes with remarks on the “unremitting diversity of states” ascribed to the decline of empires, the fragmentation and failure of states and the recognition of minorities. Despite the period of “national closure” Glenn finds that cosmopolitanism prevailed through the centuries and that no true nation-state has ever existed. The question marks in the headings of this Part of the book suggest the incompleteness of closure and the inability of territoriality and nationhood to curb cosmopolitanism.

The three Chapters of Part III deal with the means by which cosmopolitanism has been sustained: common laws, constitutionalism and “institutional” cosmopolitanism wrought by churches, religions and international law. Glenn’s preferred meaning of “common law” is “law treated as common in order to distinguish it from a coexisting law treated as local or particular” (p. 47). In Chapter 6 (Part III) he points out that common laws are to be found around the globe, emerging from the imperial *ius commune* and crystallizing in various linguistic and cultural contexts in Europe and the colonies in the form of, amongst others, the *droit commun français*, the *castilian derecho común* and English common law. These common laws are more visible in the denser, more detailed and longer standing private law than in public law, but they are nevertheless visible in the development and structuring of states. From this he concludes that there was law before the contemporary state, e. g. in the form of *ius naturalis* and *ius gentium*. However, in an analysis first of common laws within Europe and then of common laws beyond Europe, the emergence of the contemporary state with its attempted “territorial and national closures” and “state-centric concept of law”, the reader is brought to a point where common laws as justification for state existence might be replaced with constitutionalism.

Chapter 7 (Part III) presents constitutionalism as the justification of the contemporary state while providing limits on the exercise of authority. The written constitution of the United States as a blueprint of a successful contemporary state is shown to be deeply rooted in historical cosmopolitan ideas, whereas the results of the French Revolution are described as the transition from an old regime to a newer one without the creation of a new state. The theorizations of *Hobbes* and *Bodin* about sovereignty were influential, but removed from reality and *Montesquieu*’s separation of powers is shown not to have been all that original.

Chapter 8 (Part III) deals with “institutional cosmopolitanism” in the form of church/state relations and international law. Concerning the first, *Glenn* points out that “real separation or dissociation of religions and the state” has not been achieved even by the United States or France (p. 152). The acknowledgement of a “spirit of internationality” expressed in terms of public and private international law is branded “minimalist” and “grudging” (p. 161).

Building on the preceding Chapters, the major part of the book is contained in the six Chapters of Part IV. A range of highly topical themes in constitutional law are discussed, culminating in Chapter 14 in an exposition of cosmopolitan reasoning and logic. On the basis of the “elements of closure” postulated in Part II, Chapter 9 ponders the theory of cosmopolitanism. Globalization, closely related to cosmopolitanism, is depicted as the contemporary challenge to the closure of the state, the nature of which is continuously being debated against the background of the state as agent and beneficiary of globalization, with growing openness and obligations beyond its borders. Since globalization also concerns people, citizenship of the state comes into focus in Chapter 10. The emergence of citizenship from history is discussed, providing context to the rise of plural citizenship of contemporary cosmopolitan citizens. The three following Chapters each deal with different “cosmopolitan sources”. Chapter 11 elaborates on constitutionalism as “the most visible of the cosmopolitan methods” (p. 204). The process of diffusion of constitutionalism is attributed to four constants: written constitutions, constitutional drafting that “invite resort to sources beyond themselves and cosmopolitan methods of interpretation” (p. 205), structural accommodation of population differences such as federalism, and judicial review.

The last six pages of the Chapter provide an impressively compact but comprehensive overview of current issues in comparative public law. Chapter 12 deals with the resurgence, reconciliation and reciprocity of the common laws of the world, introducing, as a cosmopolitan source, “alternative forms of normativity” each exercising “greater or lesser influence in the world depending on the quality of its content” (p. 221). In Chapter 13 institutional cosmopolitanism is considered from the perspective of respectively the age-old state/religion relationship, public and private international law, regional law and transnational law. As in the other parts of the book, contemporary developments in these areas are situated firmly in the relevant historical context. Chapter 14 argues that, due to the law of the cosmopolitan state being complex, classical or binary logic has been replaced by multivalent logic, the essential characteristic of which is “that it is ‘degree-

ZaöRV 74 (2014)

theoretic' in replacing a binary option with one that tolerates degrees, usually expressed as degrees of truth" (p. 267). The task of a cosmopolitan, para-consistent logic in law is "to acknowledge legal contradictions, to preserve existing legal diversity, and to provide cosmopolitan and practical forms of dispute resolution" (p. 274). This is particularly evident in the prevalence of the balancing of conflicting constitutional rights using proportionality analysis whereby various legitimate answers are made to be possible and reasonable.

The author's concluding remarks in one page finally emphasize on the one hand the cosmopolitan character of the contemporary state and on the other its inherent diversity: "Originality is found in detail and combination, but no state has been free from the influence of diverse strands of state tradition" (p. 291).

No doubt various aspects of this latest valuable addition to the discussion of statehood in the 21st Century will meet with opposition and criticism by those who are not convinced by the theoretical analyses and historical interpretations offered by Professor *Glenn*, but to counter or contradict them will require much effort and alternative argumentation.

Francois Venter, Potchefstroom

Sauer, Heiko: Staatsrecht III. Auswärtige Gewalt, Bezüge des Grundgesetzes zu Völker- und Europarecht. München: C. H. Beck, 2. Aufl. 2013. ISBN 9783406650963. XX, 212 S. € 19,80

Das Zusammenspiel von nationalem und überstaatlichem Recht ist ein gleichermaßen grundlegendes wie praxisrelevantes Phänomen. Dieser Einsicht hat sich mittlerweile, wenngleich zögerlich, auch die deutsche Juristenausbildung geöffnet. Die europarechtlichen und regelmäßig auch die völkerrechtlichen "Bezüge" gehören heute in allen Bundesländern dem Kanon der Pflichtfächer an. Gleichwohl ist das Angebot an Lehrbüchern in diesem Segment bislang dünn gesät. Das mag nicht zuletzt daran liegen, dass es Europäisierung und Internationalisierung als Prozesse mit Querschnittscharakter bereits in die Lehre der einzelnen Sachgebiete zu integrieren gilt. Ein gutes Lehrbuch des Staatsorganisationsrechts muss die überstaatliche Dimension heute ebenso einfangen wie ein aussagekräftiges Lehrbuch des Schuldrechts. Und doch vermag die sektorielle Reflexion überstaatlicher Bezüge kein Lehrbuch zu ersetzen, das die verfassungsrechtlichen Grundlagen der innerstaatlichen Einwirkung von Europa- und Völkerrecht in systematischer und problemorientierter Weise erschließt. Ein solches Buch hat *Heiko Sauer* mit seinem nunmehr in zweiter Auflage erschienenen *Staatsrecht III* vorgelegt.

ZaöRV 74 (2014)

Das etwas mehr als 200 Seiten umfassende Werk ist als "Lern- und Arbeitsbuch" konzipiert und weist, verglichen mit anderen Werken derselben Lehrbuchkategorie, gleich mehrere Vorzüge auf. Der erste liegt in seiner didaktisch gelungenen Gesamtkomposition. Prägnant geschrieben, inhaltlich auf das Wesentliche reduziert, mit praktischen Fällen nebst Kurzlösungen angereichert, graphisch illustriert und schließlich durch Wiederholungs- und Verständnisfragen abgerundet ist es ein studentenfreundliches Buch, das durch die Kombination verschiedener didaktischer Elemente sowohl für den vorlesungsbegleitenden Einstieg in die Materie als auch für die spätere Examensvorbereitung bestens geeignet ist. Dabei ist es dem Autor geglückt, zugleich die Relevanz des Staatsrecht III im Rechtsalltag herauszustellen, insbesondere durch den Einstieg anhand mehrerer praxisnaher "Referenzfälle", die im Verlauf des Buches mehrfach und gleichsam vertiefend wieder aufgegriffen werden.

Der zweite Vorzug des Buches besteht in seinem inhaltlichen Zuschnitt: Konzentriert auf die Bezüge des Grundgesetzes zu Völker- und Europarecht sowie die verfassungsrechtlichen Grundlagen der auswärtigen Gewalt handelt es sich um ein reines Lehrbuch zum Staatsrecht III aus der Perspektive des Grundgesetzes. Das notwendige Grundlagenwissen des Europa- und Völkerrechts wird dementsprechend im Kontext der verfassungs- und grenzrechtlichen Fragestellungen vermittelt, ohne dass das Buch den hybriden Charakter eines vermeintlichen Ersatzlehrbuches für Europa- oder Völkerrecht erhalte. Es ist ein frisches Werk, das in seinem inhaltlichen Zuschnitt manche Altlasten hinter sich lässt und sich in seiner Schwerpunktsetzung überaus positiv von bisherigen Werken mit ähnlichem Adressatenkreis abhebt.

Nach dem in didaktischer Hinsicht sehr zu empfehlenden einführenden Kapitel werden in Teil 1 die "Grundlagen offener Verfassungsstaatlichkeit" erörtert, wobei dem Leser neben einem kurzen historischen und theoretischen Abriss zugleich ein Überblick über den einschlägigen Normbestand präsentiert wird. Teil 2 behandelt sodann die auswärtige Gewalt unter dem Grundgesetz. Der höchst relevanten Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr ist dabei ein eigenes Kapitel gewidmet, das an die Behandlung der klassischen Fragen, wie insbesondere der innerstaatlichen Kompetenzverteilung und materiellen Bindungen der auswärtigen Gewalt, anschließt. Eine ebenso überzeugende Schwerpunktsetzung erfolgt in Teil 3 ("Grundgesetz und Völkerrecht"), wenn der vertieften Erörterung der innerstaatlichen Stellung der EMRK ebenfalls ein eigenes Kapitel vorbehalten ist.

ZaöRV 74 (2014)

Teil 4 nimmt schließlich das Verhältnis von Grundgesetz und Europarecht eingedenk der verwaltungsrechtlich relevanten Vollzugsvorgaben in den Blick und ist mit mehr als 80 Seiten der umfangreichste Teil. Hier erfolgt neben der Betrachtung der innerstaatlichen Wirkungen des Europarechts auch eine nähere, zuweilen kritisch-reflexive Auseinandersetzung mit der Integrationsrechtsprechung des BVerfG und den darin statuierten verfassungsrechtlichen Grenzziehungen. In der zweiten Auflage ergänzt wurde das Buch insbesondere um die grundgesetzlichen Herausforderungen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise, ebenso wie um relevante Rechtsprechungsentwicklungen, etwa zu militärischen Einsatzbefugnissen im Rahmen der Pirateriebekämpfung.

Der dritte Vorzug liegt schließlich in der dezidierten Ausrichtung auf die Vermittlung von Systemverständnis. Das Buch verliert sich nicht im Dickicht einzelncasfallbasierter Details, sondern behält in seinen erläuternden Teilen die leitende Fragestellung, das Zusammenwirken von nationalem und überstaatlichem Recht aus grundgesetzlicher Perspektive stets im Blick. Die eingeflochtenen Fallbeispiele mit Kurzlösungen sind so gewählt, dass sie die Kerninhalte praktisch veranschaulichen und besonders wichtige Klausurkonstellationen abdecken, ohne dabei einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu müssen. Im Vordergrund steht die Vermittlung des notwendigen rechtsdogmatischen Rüstzeugs, das die nötige Orientierung auch in unbekanntem Terrain erlaubt. Die zitierte Literatur ist den Zwecken eines Lern- und Arbeitsbuches entsprechend überschaubar gehalten, vielleicht mit etwas überproportionaler Herausstellung prominenter Düsseldorfer Wissenschaftler.

Hilfreich ist die den einzelnen Kapiteln vorangestellte Auswahl an Nachschlage- oder Vertiefungsbeiträgen, die an studentischen Bedürfnissen orientiert ist, stets aber mindestens einen Aufsatz umfasst, der den Leser zum kritischen Nachdenken einlädt.

Angesichts des zentralen Anliegens des Buches, die systematischen Zusammenhänge und Grundlagen zu vermitteln, hätte sich zumindest an der einen oder anderen Stelle eine rechtsvergleichende Einbettung ergänzend angeboten. Grundfragen wie die des verfassungsrechtlichen Umgangs mit dem unionsrechtlichen Vorrangpostulat oder der innerstaatlichen Wirkung der EMRK stellen sich in vielen Verfassungsstaaten nicht nur gleichermaßen. Vielmehr werden die verfassungsrechtlichen Bewältigungsstrategien regelmäßig im grenzüberschreitenden Blick aufeinander entwickelt. Rechtsvergleichende Bezüge mögen nicht unmittelbar klausurrelevant sein, befördern durch die mit ihnen einhergehende Kontextualisierung und ggf. Distanzierung aber doch in besonderer Weise das Verständnis für die eigene

Rechtsordnung. Eine solche Reflexion darf und sollte auch Studierenden des Pflichtfachs zugemutet werden. Hilfreich und weiterführend wäre im Rahmen des theoretischen Abrisses oder der einzelnen Abschnitte zu den rechtsordnungsbezogenen Relationsbeschreibungen zudem eine etwas eingehendere Betrachtung der gegenwärtigen wissenschaftlichen Diskussion, insbesondere eine kurze Auseinandersetzung mit dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Ansatz des Rechtspluralismus. In der Gesamtschau aber vermögen diese – ggf. im Rahmen einer Folgeauflage zu berücksichtigenden – Aspekte den positiven Gesamteindruck nicht zu mindern.

Fazit: Ein in seinem didaktischen und konzeptionellen Zuschnitt überaus gelungenes, auf das inhaltlich Wesentliche konzentriertes Werk, das über die Vermittlung des examensrelevanten Pflichtstoffes hinaus auf die Schaffung von Systemverständnis angelegt und jedem Studierenden gerade zum Einstieg in die Materie nachdrücklich zu empfehlen ist.

Mattias Wendel, Berlin

Tourme-Jouannet, Emmanuelle: What is a Fair International Society? International Law Between Development and Recognition. Oxford: Hart Publishing, 2013. ISBN 978-1-84946-430-7. 252 p. £ 30,- / ***Qu'est-ce qu'une société internationale juste? Le droit international entre développement et reconnaissance.*** Paris: Pedone, 2011. ISBN 978-2-233-00630-1. 306 p. € 38,-

Now available in English translation, this book by *Emmanuelle Tourme-Jouannet* takes up the French tradition of “droit du développement”, or law of development, and insightfully combines its teleological approach with critical legal studies from the Anglo-Saxon tradition.

For more than ten years now, *Tourme-Jouannet* has been publishing monographs and papers on the objectives, ideology, and development of international law. This book pursues this line of thought, confronting again the liberal and welfare dimensions of international law as did her prior monograph on “The Liberal Welfarist Law of Nations” (CUP 2012, in French “Le droit international libéral providence”, Bruylant 2011). Here again, she pairs her reconstructive agenda with due scepticism and considers the “dark sides” of the international project of justice. Going beyond the dominant discourse on human rights, her take is all the more significant as critical approaches (in the Anglo-Saxon sense) are still rare in the French-speaking international law discourse. The book thus plays an important role in bridging academic worlds, and its combination of approaches enriches both French and English-language discourse.

ZaöRV 74 (2014)

Tourme-Jouannet claims her methodology to be “a simple empirical observation of legal practices”, alongside a historical perspective. She demonstrates that the postcolonial and cold-war international society was (and is) marked by two cardinal injustices, identified in domestic societies by *Nancy Fraser* and *mutatis mutandis* observable at the international level: Economic inequalities between states that contradict their formal sovereign equality on the one hand; and a non-recognition of cultural and identity claims of stigmatised states, ethnic groups, minorities, indigenous peoples, and women, on the other hand. Hence the main argument is that the international society has developed two types of rules to address these injustices: development law and law of recognition. Both are described as still problematic but potentially vital for a more just, i.e. more equitable and decent international society.

The book is structured in two parts, respectively dedicated to development law and law of recognition (corresponding to the two international law “reactions” to global unfairness); their relationship is addressed at the end, as they are presented as intertwined but conceptually separate.

In the first part, *Tourme-Jouannet* analyses the notion of development in a broad sense, including human rights, social justice, and good governance. She traces the evolution of international rules, from the emergence of the notion after World War II and the impact of decolonisation to new redistributive models. The classical “droit du développement” undergoes a strong transformation with the New International Economic Order and its demise in the Washington consensus since in the 1980s, and now results in a so-called “new law of development” deeply linked to the neoliberal paradigm. Required to stabilise the whole system, this “new development law” is characterised by a greater attention to human and sustainable dimensions, implemented through the currently dominant ideas of “sustainable” development, and human rights based approaches. This narrative, common as it has become by now (see only *Philipp Dann*, *The Law of Development Cooperation*, 2013, p. 33 et seq.), nevertheless shows the virtue of a wide horizon and takes into account postcolonial criticism as well as third-world approaches to international law. According to *Tourme-Jouannet*, human rights effectively prevent the worst excesses of inhuman development projects, but fail to address unequal international economic structures embodied in international economic law, namely international trade law in its neoliberal form. As a solution, she suggests to (re)introduce “equity” as a general principle of economic law and a guiding principle for the International Monetary Fund, World Bank, and World Trade Organization. Equity does not mean full material equality, but should transcend formal equality (and mere

preferential treatment) in order to grant different states equal chances to take part in global economy.

The second part of the book is dedicated to the new international law of recognition. While development is about material aspects of justice, recognition relates to demands of “cultural” justice, i.e. immaterial aspects of equality linked to gender, language, history, culture, religion, or difference in general. It emerges from the post-cold-war awakening of new states, freed minorities and peoples, claiming to be recognised as “equal but different”. On a macro level, it has been expressed through the recognition of classical international law as discriminatory towards “non-civilised”. Decolonisation eventually realised formal equality of sovereign states, but the new international principle of recognition also applies to individual and collective rights: Indigenous peoples have been recognised by UN Declarations since 1997, minorities have been protected by the European Charter for regional and minority languages since 1992, and cultural diversity has been recognised as a legal principle by the respective UNESCO Convention from 2005. Subject to much controversy remains the manifestation of recognition in the form of reparation of historical wrongs. Should wrongs be repaired, even if they were legal at their time (as slavery, or colonialism)? Should reparation take symbolic forms? This may be risky, as it may conceal social and economic causes of the initial wrong. *Tourme-Jouannet* adequately elaborates on the difficulties to distinguish legitimate claims from fundamentalist extremes and harmful traditional practices, for instance. She also highlights how questions of recognition become subordinated to economic considerations, e.g. when it comes to the weak position of “cultural diversity” (to be recognised) in front of economic and power arguments. In the end, recognition entails the risk of inducing “voluntary submission” to an otherwise unjust legal order.

The interrelationship of “development law” and “law of recognition” is described at the end of the book. *Tourme-Jouannet* considers the two fields as overlapping, and international economic law appears as predominant, restricting positive effects of development law. The “dark sides” of recognition are paid their due, if only in passing, e.g. when it comes to problematic patterns of uniformisation that recognition processes impose on people who want to “play the legal game” in order to be recognised. The author makes her point by unifying her previous considerations and drawing a global picture of international law through the two poles of development and recognition, which appear as possible pillars for a fairer international society.

Given the critical posture *Tourme-Jouannet* takes in the previous parts of the book, one is left to wonder whether this skeptical analysis entirely sup-

ZaöRV 74 (2014)

ports her conclusion that development and recognition law can indeed be pillars for a fairer international society. Even when deployed as a duo at the end of the book, they do not emerge as strong enough to overcome challenges posed by the international economic order. The source of such optimism leaves room for further elaboration.

This is all the more so as some of *Tourme-Jouannet's* more hopeful points deserve at least some qualification. For one, her optimistic account of human rights does not engage with criticisms, such as the one that the inclusion of human rights into development in fact stifles their emancipatory potential (see e.g. *Sundhya Pabuja*, Rights as Regulation: Integrating Human Rights and Development, in: B. Morgan (ed.), *The Intersection of Rights and Regulation*, 2007, p. 167 et seq.). How can rights function within powerful development bureaucracies to prevent their excesses while at the same time empower the powerless against such agencies? Similar scepticism applies to the principle of equity. A Pious wish or wishful thinking, its postulation is certainly seducing but may lack realism – here it seems that the author partially left her initial empiricist position to take a posture that is not just critical and normative, but even idealist. How would a legal principle of equity come about? Scholarly reconstruction alone can hardly overcome the vested interests connected to the *status quo*, and the philosophical background of equity remains vague.

More generally, *Tourme-Jouannet's* treatment of equity points to a certain ambiguity in her register of analysis: She shifts from positivism to more normative or even prospective positions, and seems to bridge practice and theoretical discourse. This leaves, maybe inevitably, loose ends on both sides: For instance, the discussion of equity hardly engages with the nuances of the notions of justice, fairness, and equity, nor does it clearly conceptualise the relationship of general theories of justice to international law. While the interest of *Fraser's* works is indubitable, its transposition to international law deserves elaboration: Do her propositions on redistribution suit international development, which struggles to overcome redistributive perspectives? Is the switch from domestic analyses to a global level so direct and obvious?

Despite these criticisms the book remains a spirited resuscitation of French legal thinking on development and an important application of the critical method in this field. It synthesises a variety of approaches within one ambitious and committed, global project – a project that requires and deserves further elaboration.

Michael Riegner, Gießen/Diane Bernard, Brussels